

Klima- und Biodiversitätskrise – gemeinsame Lösungsstrategien für die Zukunft

von Magdalene Trapp und Rebekka Blessenohl

Mit ihrem gemeinsam veröffentlichten Bericht vom Juni 2021 setzten Weltklima- und Weltbiodiversitätsrat ein Zeichen für die Notwendigkeit die Herausforderungen der globalen Klima- und Biodiversitätskrise gemeinsam anzugehen. Ein Zusammendenken beider Krisen ist zwingend erforderlich, um Synergien effektiv auszunutzen und negative Wechselwirkungen zu vermeiden. Um die Forderungen des Berichts nach einer gemeinsamen Klima- und Biodiversitätspolitik in die Tat umzusetzen, sind umfassende Maßnahmen von Renaturierungen von Ökosystemen über naturverträgliche Klimaschutzmaßnahmen bis hin zu Umstrukturierungen in Forst- und Landwirtschaft nötig.

Die große ökologische Krise

Die Klimakrise verschärft sich weiter und es steht schlecht um die biologische Vielfalt - kurz Biodiversität. Das liegt auch daran, dass die Weltgemeinschaft ihre selbstgesetzten Klima- und Biodiversitätsziele bisher nicht erreicht hat. Wenn wir weitermachen wie bisher wird sich das Klima bis 2100 um 2,4 °C erhitzen. Und die Zerstörung der Natur schreitet voran: Naturwälder werden abgeholzt. Durch intensive Landwirtschaft mit großflächigen Monokulturen und den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln sind immer mehr Pflanzen- und Tierarten vom Aussterben bedroht. Das Trockenlegen von Moorstandorten raubt ebenfalls vielen Arten ihren Lebensraum und heizt gleichzeitig die Klimakrise an. Meeresökosysteme leiden weltweit unter Verschmutzung durch Plastik, Nährstoffeinträge und Überfischung. Auch die menschengemachte Klimakrise bedroht immer mehr Arten.

Wissenschaftler*innen empfehlen Klima- und Biodiversitätskrise gemeinsam zu adressieren

Aus der zunehmenden Erkenntnis der Synergien aber auch Konflikte zwischen Klima- und Biodiversitätskrise bzw. ihrer Lösungsstrategien entwickelte sich eine Zusammenarbeit zwischen Weltbiodiversitätsrat, kurz IPBES (= Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) und Weltklimarat, kurz IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). In einem viertägigen Workshop im Dezember 2020 erarbeiteten 50 Expert*innen aus IPBES und IPCC einen gemeinsamen Bericht. Dieser wurde im Juni 2021 veröffentlicht und kam so zu einem guten Zeitpunkt, um die Diskussionen zur Weltklima- und Weltbiodiversitätskonferenz zu bereichern.

Die Kernforderung des Berichts formuliert die Erwartung Klima- und Biodiversitätsschutz gemeinsam anzugehen, denn die Klima- und Biodiversitätskrise verstärken sich gegenseitig. Einerseits bedroht die Klimakrise durch Änderung von Lebensräumen und -bedingungen zunehmend die Biodiversität. Andererseits wirken sich aber auch Veränderungen in der Biodiversität auf das Klimasystem aus, durch Einfluss auf Stickstoff-, Kohlenstoff und Wasserkreisläufe. Die Verschärfung der einen Krise zieht damit eine gleichzeitige Zuspitzung der jeweils anderen Krise nach sich.

Auch die Lösungsstrategien beider Systeme haben Wechselwirkungen miteinander. Ein Negativbeispiel sind groß-

flächige Baumpflanzungen als Klimaschutzmaßnahme zur Speicherung von Kohlenstoff. Werden Aspekte des Biodiversitätsschutzes bei solchen Projekten nicht mit einbezogen, können durch die Förderung von großen Monokulturen massive Verluste für die Biodiversität entstehen. Positive Wechselwirkungen können beispielsweise durch den Schutz und die Renaturierung natürlicher Ökosysteme entstehen, die Kohlenstoff speichern. Die Autor*innen des Berichts fordern - begründet aus dem starken Ineinandergreifen beider Krisen - eine systemische Betrachtung von Klima, Biodiversität und menschlicher Gesellschaft. Der Blick weg von dem Schutz einzelner Naturelemente hin zu einer ganzheitlichen Betrachtung der Landschaft ist gefordert. Ansätze für solche Lösungsstrategien sind die Entwicklung kohlenstoffneutraler Städte und der Subventionsabbau für fossile Brennstoffe. Die Autor*innen des Berichts folgern, dass ein transformativer Wandel zur verbesserten Umsetzung solcher weitreichender Maßnahmen beitragen kann.

Das Thema braucht Priorität bei politischen Entscheidungen

Um den von Wissenschaftler*innen empfohlenen transformativen Wandel anzustoßen und Biodiversitäts- und Klimaziele zukünftig zu erreichen, muss das Thema prioritär behandelt und bei relevanten politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie beide Krisen - auf globaler und nationaler Ebene - in Zukunft gemeinsam adressiert und die sektorenübergreifende Zusammenarbeit dazu stärkt. Umfassende Maßnahmen von Renaturierungen von Ökosystemen über naturverträgliche Klimaschutzmaßnahmen bis hin zu Umstrukturierungen in Forst- und Landwirtschaft sind nötig, um die wissenschaftlichen Erkenntnisse politisch umzusetzen. Sechs Gesichtspunkte sind dabei zentral:

1. Deutschland wird globaler Champion für Biodiversität und Klima

Wir erwarten von der Bundesregierung vollsten Einsatz für die Biodiversität, damit auf dem zweiten Teil der UN-Biodiversitätskonferenz nächstes Jahr ein „Paris-Abkommen für die Artenvielfalt“ beschlossen werden kann. Das heißt ein Abkommen zum Schutz und der Wiederherstellung der globalen Biodiversität mit konkreten, ambitionierten und vor allem messbaren Zielen für alle Vertragsstaaten bis 2030.

Im Rahmen der Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on biological diversity, CBD), verhandelt die Welt derzeit ein neues globales Abkommen für die Biodiversität. Darin werden unter anderem die Ziele für die nächste Dekade festgelegt. Ein größtenteils digitaler Auftakt der 15. globalen Biodiversitätskonferenz fand bereits Mitte Oktober statt. Nach nun fast zwei Jahren schwierigen digitalen Verhandlungen treffen sich die Vertragsstaaten vom 12. bis 28. Januar 2022 in Genf erstmals wieder in Präsenz. Vom 25. April bis 08. Mai 2022 soll dann die tatsächliche 15. globale Biodiversitätskonferenz als Präsenzmeeting in Kunming, China, stattfinden.

Neben den Ambitionen im Biodiversitätsschutz sollte Deutschland auch eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen. Bei der diesjährigen Klimakonferenz in Glasgow fehlte die Unterstützung der deutschen Regierung bei einer Einigung von mehr als 20 Ländern ab 2040 nur noch emissionsfreie Autos zuzulassen. Eine Ausbremsung dieser Art von klimapolitischen Fortschritten auf internationalem Parkett darf es in Zukunft nicht mehr geben. Im Rahmen der Klimakonferenz sollte sich die Bundesregierung für überarbeitete und ambitionierte Ziele des Pariser Klimaabkommens und konkrete Maßnahmen für Finanzierung, Transparenz und CO₂-Emissionshandel einsetzen. Dies schließt beispielsweise die Verhinderung von Doppelzählungen und Schlupflöchern beim Emissionshandel und die verbindliche Einhaltung der Finanzierung von Verlust und Schäden mit ein.

Auf Seiten des Biodiversitätsschutzes ist ein starker Fokus auf die Umsetzung der 2030-Ziele wichtig. Dabei spielen Meilensteine, konkrete Sektorziele sowie Finanzierungsmechanismen und -zusagen eine zentrale Rolle. Wir fordern von der Bundesregierung zusammen mit anderen NGOs einen Beitrag von mind. 2 Mrd Euro pro Jahr zur Unterstützung der Länder des globalen Südens. Außerdem sollte die neue Bundesregierung auf nationaler Ebene mit gutem Beispiel vorangehen und die neuen globalen Ziele rasch umsetzen. Unterstützt wird dies durch eine nationale Biodiversitätsstrategie, welche in allen relevanten Politikbereichen berücksichtigt wird, alle relevanten Akteure anspricht und einen Aktionsplan mit hinterlegter Finanzierung und zeitlicher Komponente enthält.

Klimapolitisch sollten sich die Zusagen im Zuge des Pariser Klimaabkommens in den nationalen politischen Entscheidungen widerspiegeln. Ein Klimaschutz-Sofortprogramm in den ersten 100 Tagen der neuen Bundesregierung sollte initiiert werden, um schnell die Weichen zur Einhaltung des 1,5°C - Limits zu stellen. Das Programm sollte Maßnahmen unter anderem zur Beschleunigung des Ausstiegs aus fossilen Energien, Aufhebung der Subventionen im Straßensektor und Anpassung des Klimaschutzgesetzes enthalten.

2. Die Renaturierung von Ökosystemen

In dem Bericht wird klar: Die Wiederherstellung von kohlenstoff- und artenreichen Ökosystemen an Land und Meer ist ein zentraler Hebel, um sowohl Klimakrise als auch Artensterben zu bekämpfen. Außerdem helfen viele Renaturierungs-Maßnahmen bei der Anpassung an den Klimawandel.

Die Renaturierung von Ökosystemen wird voraussichtlich ein Ziel des neuen globalen Biodiversitäts-Abkommens sein, was wir begrüßen würden. Hier sollte ein besonderes Augen-

merk darauf gelegt werden, dass es sich bei den Renaturierungsmaßnahmen um qualitativ hochwertige Maßnahmen für die Biodiversität handelt, die zusätzlichen Nutzen für das Klima bringen. Gute Beispiele hierfür sind die Wiederherstellung von Mooren, Auen, Seegraswiesen und artenreichen Wäldern.

Die UN-Dekade zur Ökosystemrenaturierung sowie die neue EU-Gesetzgebung zur Wiederherstellung der Natur können Rückenwind bei der Umsetzung geben. Aber es zählt nun vor allem der politische Wille der neuen Bundesregierung: Diese sollte einen nationalen Renaturierungsplan erarbeiten und rasch mit der Umsetzung beginnen. Damit sollte sie sicherstellen, dass sich auf mindestens 15 Prozent der Landes- und Meeresflächen in Deutschland geschädigte Lebensräume wieder erholen können. Zur Finanzierung sollten jährlich mindestens 500 Millionen Euro in einem Renaturierungsfonds gebündelt werden.

3. Naturverträgliche Klimaschutzmaßnahmen

Wie in dem Bericht betont müssen Klima- und Biodiversitätsschutz gemeinsam angegangen werden. Bei der Entwicklung von Lösungsstrategien sollten die Herausforderungen der Klima- und Biodiversitätskrise daher gleichwertig bewertet und berücksichtigt werden. Werden ausschließlich die Klimaanpassung und Reduktion der Emissionen als Ziel einer Maßnahme formuliert, kann das weitreichende negative Folgen für die Biodiversität haben.

Zum Beispiel führt der Anbau von Bioenergiepflanzen in großflächigen Monokulturen zu einer starken Reduktion der Biodiversität, direkt in der Anbaufläche sowie indirekt durch verstärkten Flächendruck und Landnutzungsänderungen in anderen Gebieten. Bioenergie sollte somit ausschließlich als ergänzende Minderungsmaßnahme genutzt werden und auf eine Nutzung mit Reststoffen, welche stofflich anderweitig nicht verwertet werden können, beschränkt werden.

Auch der Ausbau weiterer erneuerbarer Energien, wie Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen, muss naturverträglich erfolgen. Eine verbindliche übergeordnete Raumplanung, die personelle und qualitative Verbesserung von Planungsverfahren und effektive Artenhilfsprogramme sind Maßnahmen, die die Rolle des Biodiversitätsschutz beim Ausbau Erneuerbarer Energien stärkt. Auch begrüßt der NABU das Repowering von Altstandorten. Eine erneute Standortüberprüfung ist aber zwingend notwendig, um Altanlagen an kritischen Standorten stillzulegen.

4. Die drastische Reduktion von Emissionen

Der Bericht warnt davor, dass durch den Einsatz natürlicher Kohlenstoffkompensation die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen als weniger dringlich wahrgenommen werden kann. Sie ist aber notwendig, um die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen und ihre Auswirkungen auf die Biodiversität zu reduzieren.

Die Verbrennung fossiler Energien verursacht einen Großteil der Treibhausgas-Emissionen. Daher sollte ein verbindlicher Kohleausstieg bis 2030 erfolgen. Gleichzeitig fordern wir einen Ausbau der Erneuerbaren Energien um jährlich 3,5 %. Der Ökostromanteil muss 2030 bei mindestens 80 % liegen, beispielsweise durch die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Solaranlagen.

Auch der Abbau klimaschädlicher Subventionen kann zur Reduktion von Emissionen beitragen. Laut einer jüngst

veröffentlichten Studie des Umweltbundesamtes hat die Bundesregierung im Jahr 2018 ca. 65 Milliarden Euro in umwelt- und klimaschädliche Projekte investiert. Diese Subventionen müssen gestoppt werden und stattdessen Gelder in effektiven Klima- und Biodiversitätsschutz investiert werden.

4. Gut geschützte Schutzgebiete an Land und Meer

Der Bericht zeigt: Schutzgebiete sind wichtig, um dem Artenverlust entgegenzuwirken. Außerdem generieren sie einen Mehrwert für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Schätzungen zufolge sollten zwischen 30 und 50 % der globalen Land- und Meeresfläche unter Schutz gestellt werden.

Bei einem Ziel von 30% Unterschutzstellung ist unbedingt darauf zu achten, dass effektiver Schutz, Management und Konnektivität der Gebiete sichergestellt und berücksichtigt wird. Vor der eigenen Haustür bleibt viel zu tun: Derzeit droht Deutschland zum wiederholten Mal durch den Europäischen Gerichtshof wegen nicht ausreichender Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat Richtlinie der EU (FFH-Richtlinie) verurteilt zu werden. Damit das nicht passiert muss Naturschutz hierzulande endlich echte Priorität eingeräumt werden – d.h. angemessen finanziert und mit ausreichend Personal ausgestattet sein. Nur so kann bestehendes Naturschutzrecht besser durchgesetzt und eingehalten werden.

5. Eine Transformation der Land- und Forstwirtschaft

Die Autor*innen des Berichtes nennen die nachhaltige Land- und Forstwirtschaft als einen weiteren zentralen Hebel, um Biodiversitäts- und Klimaziele zu erreichen. Beide Sektoren tragen derzeit zu Klimakrise und Artensterben bei, sind aber gleichzeitig ein wichtiger Schlüssel, um die ökologischen Krisen zu lösen.

Das aktuelle Verhandlungsdokument des globalen Abkommens für die Biodiversität ist leider viel zu schwach und unkonkret, um diese zentrale Herausforderung zu adressieren. Konkrete und messbare Ziele sollten definieren, wie eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft gewährleistet werden kann, beispielsweise durch einen bestimmten Anteil an Erholungsbereichen für die heimische Biodiversität. Bestehende gute und messbare Ziele wie z.B. beim Thema Pestizid- und Nährstoffeinträge dürfen nicht weiter verwässert werden.

Auch in Deutschland braucht es dringend eine zukunftsfähige Landwirtschaft, die Klima und Biodiversitätsbelange einschließt und einen Beitrag zu den globalen Zielen leistet. Vor allem ist ein Abbau der natur- und klimaschädlichen Agrarsubventionen innerhalb der nächsten Förderperiode der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik nötig. Stattdessen sollten Anreize für eine naturverträgliche Landwirtschaft und biodiversitätsfördernde Maßnahmen geschaffen werden. Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat gute Vorschläge gemacht, die es umzusetzen gilt. Der nationale Strategieplan sollte es Landwirt*innen ermöglichen, ausreichend finanzielle Anreize zu erhalten, um mindestens zehn Prozent ihrer Äcker und Wiesen als nicht-bewirtschaftete Refugien für Tiere und Pflanzen zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind die Risiken durch Pestizide zu vermindern – mit einem Nationalen Reduktionsplan, der in der kommenden Legislaturperiode aufgestellt und umgesetzt wird.

Der Wald hat großes Potenzial, einen substantiellen Bei-



© iStockphoto.com/Mumemories

trag zu Biodiversitäts- und Klimazielen zu leisten: Kühlfunktion, Wasserspeicher, Kohlenstoffspeicher, Luftfilter, Hochwasserschutz, und die Beheimatung tausender Arten. Um diesen Beitrag auch leisten zu können, braucht es deutlich mehr Naturwälder sowie einen Aufbau naturnaher und nachhaltig genutzter Wälder in Deutschland. Die Bundesregierung sollte das Bundeswaldgesetz novellieren. Natürliche Waldstrukturen mit heimischen Laubbäumen sollten gefördert, naturferne Nadelforsten umgebaut, Entwässerungen zurückgebaut, Waldmoore renaturiert, alte Wälder erhalten und gefördert werden. Außerdem sollten bis zum Jahr 2030 mindestens fünfzehn Prozent der Wälder dauerhaft als Naturwälder ausgewiesen werden.

Ausblick

Es ist nicht genug passiert in den letzten Jahren, um die Biodiversitäts- und Klimakrise zu lösen. Die neue Bundesregierung hat nun eine historische Verantwortung. Mit Mut und Tatkraft sollte sie die geforderte Transformation anstoßen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Tat umsetzen.

Die Weltklimakonferenz, die gerade in Glasgow zu Ende gegangen ist und der zweite Teil der Weltbiodiversitätskonferenz, der nächstes Jahr im April/Mai in Kunming stattfinden wird, bieten große Chancen, die Krisen auf globaler Ebene zu lösen. Das kann nur funktionieren, wenn die Vertragsstaaten – also auch Deutschland – sich an die völkerrechtlichen Abkommen halten und die Ziele konsequent über die verschiedenen Politikbereiche und Sektoren umsetzen. Dazu muss den Themen politische Priorität eingeräumt und eine ausreichende Finanzierung bei der Umsetzung der Maßnahmen sichergestellt werden. Parallel sollten umweltschädigende Subventionen rasch abgebaut werden. Die dadurch freiwerdenden Gelder können in die Transformation investiert werden. Die wissenschaftliche Grundlage und die Dringlichkeit zu Handeln ist da. Was jetzt zählt ist der politische Wille der neuen Bundesregierung.

Magdalene Trapp, Referentin für Biodiversitätspolitik und Rebekka Blessenohl, Trainee Energiepolitik und Klimaschutz beim NABU Bundesverband

MELDUNGEN

**Ankündigung Veranstaltungen
Ernährung und Demokratie**



Die im Rahmen des UN Ernährungsgipfels entstandene Veranstaltungsreihe „Ernährung und Demokratie“ geht in die zweite Runde. Zusammen mit dem Inkota Netzwerk und FIAN veranstaltet die Agrar Koordination zwei weitere Webinare zu den Themen Steuerungsmechanismen im Ernährungssystem und den Arbeitsbedingungen von Saisonarbeiter*innen in der deutschen Landwirtschaft.

Dienstag, 23.11.2021, 18-19.30 Uhr:
Zuckersteuer, Nutri Score, Marketing-Verbot: Was bringen Steuerungsinstrumente im Ernährungssystem?

Dienstag, 7.12.2021, 16-18 Uhr:
Prekäre Arbeits- und Wohnbedingungen von Saisonarbeiter*Innen in der deutschen Landwirtschaft

Broschüre Leichte Sprache

Die Zusammenhänge von Klimakrise, Gesundheit und Ernährung betreffen uns alle – deswegen ist es wichtig, dass Informationen zu entwicklungs- und umweltpolitischen Themen für möglichst viele Menschen zugänglich sind. Um auch Menschen mit Lernschwierigkeiten oder geringen Deutschkenntnissen zu erreichen hat die Agrar Koordination die Broschüre „Gesundheit von Mensch und Planet“ jetzt in leichter Sprache veröffentlicht. Diese wird an vielfältigen Orten in und um Hamburg ausgelegt, um so einen möglichst breiten Personenkreis zum Thema Entwicklungspolitik, Ernährung und Umwelt zu informieren und sensibilisieren – denn den benötigten Wandel unseres Landwirtschafts- und Ernährungssystems schaffen wir nur gemeinsam, wenn keine*r zurückgelassen wird. Online findet Ihr die Broschüre hier: <https://www.agrarkoordination.de/leichte-sprache/>. Möchtet Ihr die Info-Broschüre in Eurer Einrichtung auslegen? Dann schreibt uns gerne!

Klimaschutz auf dem Teller – was kann die Kita- und Schulverpflegung leisten?

Wir beleuchten mit dem Online-Dialog, was getan werden kann, um die Klimabilanz der Kita- und Schulverpflegung zu verbessern. Wieviel Fleisch und Fisch ist aus Nachhaltigkeitsperspektive empfehlenswert? Worauf ist beim Einsatz regionaler und saisonaler Produkte zu achten und welche Rolle können Bio-Lebensmittel spielen? Was kann für die Vermeidung von Lebensmittelabfällen unternommen werden? Welche Handlungsoptionen und Inspirationen gibt es für Küchenfachkräfte, Leitungen und Träger von Kitas und Schulen sowie für die Kommunalpolitik? Diese und weitere Fragen thematisieren wir mit Vorträgen, Interviews und einer Podiumsdiskussion mit Akteuren aus verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein.

Montag, 13.12.2021, 17 - 19.30 Uhr

Liebe Leserinnen und Leser,

Anfang November fand der 26. Klimagipfel der Vereinten Nationen in Glasgow statt. Mit jedem Jahr, das verstreicht wird die Dringlichkeit der Klimakrise deutlicher. Schon jetzt kämpfen Menschen an vielen Orten der Welt mit den Folgen von Hitze und Extremwetter. Soziale Gerechtigkeit ist ein zentraler Aspekt der Klimakrise, denn oft sind die Lebensgrundlagen derjenigen am meisten betroffen, die am wenigsten zur Erderhitzung beigetragen haben. Dass die Krise auch eine Bedrohung für die Menschenrechte darstellt, hat die UN jetzt durch die Einsetzung eines*r Sonderberichterstatter*in für Menschenrechte und Klimawandel anerkannt.

Globale Landwirtschafts- und Ernährungssysteme spielen eine zentrale Rolle in der Klimakrise – sie sind davon betroffen, befeuern aber auch die Krise durch hohe Emissionen und Umweltbelastungen. Große Agrarkonzerne bewerben in Folge oft Scheinlösungen, die auf noch mehr Intensivierung, Technologisierung und Gentechnik setzen – auf Kosten des Klimas. Schon während des Welternährungsgipfels und jetzt erneut

beim Klimagipfel werden kritische zivilgesellschaftliche Stimmen laut, die diese Scheinheiligkeit anprangern und alternative Strategien präsentieren. Durch gelebten Widerstand zeigen sie, dass Alternativen möglich sind. Insbesondere indigene und ländliche Bevölkerungsgruppen sind oft sehr aktiv in der Bewegung für Ernährungssouveränität, die ein klimagerechtes und selbstbestimmtes Ernährungssystem als Ziel hat. Zivilgesellschaftlicher Widerstand und das kollektive Schaffen von gelebten Alternativen ist wichtig und braucht jede*n Einzelne*n von uns – denn den benötigten Wandel hin zu einem zukunftsfähigen Ernährungssystem schaffen wir nur gemeinsam.

Die Agrar Koordination wird weiterhin für diesen Wandel aktiv sein. Wir bedanken uns an dieser Stelle für Ihr/Euer Interesse an unserer Arbeit und freuen uns über weitere Unterstützung.

Wir wünschen eine besinnliche Winterzeit!

Ihre Agrar Koordination

IMPRESSUM

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Mireille Remesch, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank, IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635

Druck: RESET ST. PAULI Druckerei, 100 % Recyclingpapier

Ab Januar 2021 gelten für das Abo des Agrar Info folgende Preise:
Printausgabe: 14,80 € / Jahr • Mailausgabe: 10,80 € / Jahr

Wenn Sie von der Print- zur Mailausgabe wechseln möchten, schicken Sie uns eine Mail an: bestellung@agrarkoordination.de

Diese Publikation wird unterstützt von:

Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes



MISEREOR
• IHR HILFSWERK